

Subsidiarität: Der Weg zu einer menschlichen Gesellschaft

Die Alternativen – Auch die Chancen nutzen

Die CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus hat am 28. Oktober 1981 eine Große Anfrage über „Alternatives Leben“ an den Senat gestellt. Die Dokumentation gibt – kurzgefaßt – die Antwort des Berliner Senats wieder.

FRAGE:

„Wir fragen den Senat

1. Wie beurteilt den Senat die Aktivitäten der Selbsthilfegruppen in Berlin, insbesondere die alternativen Lebens- und Erwerbsformen sowie die autonome Kulturarbeit?
2. Sieht der Senat in diesen Tätigkeiten eine teilweise Verwirklichung des Subsidiaritätsprinzips, und ist er bereit, diesen Gruppen Hilfe zur Selbsthilfe anzubieten?
3. Welche Notwendigkeiten, Chancen, Möglichkeiten und Grenzen sieht der Senat für einen Dialog mit den Selbsthilfegruppen in Berlin?“

ANTWORT:

1. Die alternative Szene zeichnet sich auch in Berlin durch eine große Buntheit und Vielfalt aus. Dies ist der Vorteil dieser Bewegung, zugleich aber auch Gegenstand vieler Mißverständnisse, Irrtümer und Verwechslungen. Unter dem Namen alternativ wird Gewalt ausgeübt, und diese findet große öffentliche Aufmerksamkeit. Dennoch darf die große Mehrheit der alternativen Bewegung nicht mit einer Minderheit gleichgesetzt werden, genauso wenig wie eine politische Partei, die den Namen alternativ benutzt, etwa für sich in Anspruch nehmen kann, für die Mehr-

heit der Menschen in der alternativen Bewegung zu sprechen. Die Mehrheit in der alternativen Bewegung lehnt Gewalt ab und versucht, neue Formen des Lebens und Arbeitens zu verwirklichen, versucht wieder überschaubare Lebensverhältnisse in einer oft anonymen Industriegesellschaft herzustellen.

Die alternative Bewegung verfolgt – anders als die studentische Protestbewegung der 60er Jahre – nicht mehr das Ziel, die Gesellschaft im großen und ganzen zu verändern – sie bemüht sich statt dessen, die Lebensverhältnisse im kleinen und im besonderen zu verbessern, menschlicher zu machen.

Die alternative Bewegung hofft nicht mehr auf eine Partei, eine Fraktion oder auf eine Koalition, von der sie den Beginn einer neuen, einer besseren Zeit erwartet – sie ist vielmehr die Antwort auf die negative Bilanz der „inneren Reformen“ in den 70er Jahren, eine Absage aus Enttäuschung an die Politik der Bundesregierung.

Viele (junge) Menschen, die sich in der alternativen Bewegung engagieren, versuchen somit, Reformen in ihrem überschaubaren Lebensbereich durchzusetzen, weil sie von den gesamtgesellschaftlichen Reformen der SPD – nicht nur in Berlin – enttäuscht sind. Sie tun dies mit z. T. beachtlichem Einsatz, Idealismus und Engagement – und finden deshalb die Sympathie einer großen Anzahl von Menschen.

In dieser Situation, da der Sozialismus in seiner Theorie entzaubert und mit seiner Politik gescheitert ist, ganz zu schweigen vom „realen“ Sozialismus der östlichen Systeme, dessen jüngste „Errungenschaft“ die kommunistische Militärdiktatur in Polen ist – in einer solchen Lage versuchen viele, sich der alternativen Bewegung als eines Vehikels für ein ganz anderes Ziel zu bedienen: Extremisten im alternativen Gewande. Sie brechen Recht, üben Gewalt aus, verbreiten Angst und Terror.

Diese „falschen Freunde“ der alternativen Bewegung wollen keine bessere, menschlichere Gesellschaft, sie zerstören Recht und Ordnung, den inneren Frieden und damit die Voraussetzung für die freie Entfaltung gerade auch junger Menschen in der alternativen Bewegung.

Der Senat von Berlin weiß – und er handelt auch danach –, daß es mit Personen und Gruppen dieser Art keine Gemeinsamkeit und keine Zusammenarbeit geben kann.

Der Senat von Berlin weiß aber ebenso, daß die ganz überwiegende Mehrzahl derer, die sich in der alternativen Bewegung engagieren, Menschen guten Willens sind. Wir sehen unsere Aufgabe darin, dazu beizutragen, daß ihre Hoffnungen nicht erneut in Enttäuschungen umschlagen. Wir tun dies im Interesse der (jungen) Menschen und aus der Verantwortung für den inneren Frieden in unserer Stadt, den wir ja nicht alleine mit den Mitteln der Justiz und der Polizei sichern können und wollen.

Niemand kann die alternative Bewegung für sich vereinnahmen, um daraus parteipolitisches Kapital zu schlagen, selbst dann, wenn er das Wort „alternativ“ für sich benutzt.

2. Die alternative Bewegung verweist auf die Widersprüche des modernen Wohlfahrtsstaates. Die Menschen haben heute – in einem ausgebauten Sozialstaat und wegen des wirtschaftlichen Wohlstandes in unserem Lande – vieles erreicht, was sie früher nicht hatten. Aber es fehlen ihnen heute Dinge, die sie früher hatten: Mitmenschlichkeit, Geborgenheit, überschaubare Lebensverhältnisse. Worüber Menschen verfügen und was ihnen fehlt, das ändert sich mit den sozialen Bedingungen, unter denen sie leben – und entsprechend ändern sich die sozialen Fragen und die politischen Aufgaben.

Der Senat von Berlin sieht in der alternativen Bewegung auch einen Ausdruck der Strukturprobleme entwickelter Industriegesellschaften. Die Alternativen werfen zum einen die Frage nach einer menschlichen und überschaubaren Ordnung der gesamten Gesellschaft auf. Zum anderen deuten sie darauf hin, daß sich relevante Minderheiten der Gesellschaft nicht mehr so ohne weiteres in das politische, soziale und ökonomische System integrieren, sondern einen „autonomen Sektor“ selbst gestalten wollen.

3. So hat die Wirtschafts- und Wachstumsgesellschaft der vergangenen 100 Jahre mit ihrem Erfolg auch ihre eigenen Probleme, Defizite und Instabilitäten erzeugt. Das Unbehagen in und an dieser Gesellschaft, wie es die alternative Bewegung besonders deutlich und oft drastisch artikuliert, das aber nicht auf diese beschränkt ist, verweist auf eine spezifische Unterversorgung der Menschen in „reichen“ Gesellschaften.

In dieser Gesellschaft ist alles „größer“ und „besser“ geworden, nur offensichtlich der Raum für menschliche Begegnung kleiner und deren Qualität schlechter. Die Menschen sind in einer Hinsicht reicher, in einer anderen, nämlich in menschlicher und mitmenschlicher Hinsicht aber vielfach ärmer geworden.

4. So zeigen sich heute überall Spuren, die aus einer bloßen Wirtschaftsgesellschaft und aus dem Wohlfahrtsstaat hinauslaufen (Drogenkonsum, Medikamentenmißbrauch, Schwarzarbeit, sinkende Steuermoral). „Alternativ leben“ bedeutet für viele, weit über die „Alternativszene“ hinaus, ganz einfach: anders leben, „nicht mehr nur als Wirtschaftssubjekte und Wohlfahrtsempfänger funktionieren“, es ist auch ein Zeichen dafür, daß sich die Wertorientierungen bei vielen Menschen verändert haben: wirtschaftlicher Wohlstand, soziale Sicherheit und persönliche Freiheit erscheinen ihnen selbstverständlich, und wichtiger werden ihnen Werte „jenseits von Angebot und Nachfrage“ (Röpke).

5. Generell und mit (z. T. erheblichen) Einschränkungen läßt sich sagen, daß die Menschen bei uns gut versorgt sind mit Dingen, die sie über den Markt käuflich erwerben oder die sie über den Staat, über Rechtsansprüche erhalten können. Dagegen leiden sie vielfach Mangel an Dingen, die keinen Preis, aber einen „Wert“ haben (Geborgenheit, Mitmenschlichkeit . . .).

Die alternative Bewegung verweist somit auf Grenzen des Marktes und auf Grenzen des Staates. In einer entwickelten Industriegesellschaft sind die Bedürfnisse der Menschen so differenziert geworden, daß sie durch wirtschaftliches

Wachstum und durch bürokratische Maßnahmen alleine nicht befriedigt werden können. Mehr und mehr müssen bürokratische Problemlösungen scheitern, ja sie werden in zunehmendem Maße kontraproduktiv.

Anders, und mit einer einflußreichen Unterscheidung des Psychologen Ernst Fromm formuliert: die Gesellschaft bietet den Menschen viele Möglichkeiten der Auswahl, aber sie läßt ihnen, so scheint es, keine Wahl. Die Menschen sind heute reich, insofern sie auswählen können, was sie haben wollen. Sie sind arm, insofern sie nur wenig Auswahl haben, wenn sie wählen wollen, wie sie leben, wie sie arbeiten und wie sie sein wollen.

6. Es gibt keine Alternative zur arbeitsteiligen Industriegesellschaft. Selbst kommunistische Systeme sind als arbeitsteilige Industriegesellschaften organisiert. Aber es gibt Alternativen innerhalb und zwischen Industriegesellschaften: zwischen freiheitlicher Demokratie und totalitärer Diktatur, zwischen sozialer Marktwirtschaft und Zentralverwaltungswirtschaft, zwischen einer menschlichen, nach dem Prinzip der Subsidiarität organisierten Gesellschaft und einer anonymen, verbürokratisierten Gesellschaft der großen, undurchschaubaren Systeme.

Freiheit und Demokratie müssen ihre Überlegenheit immer wieder auch dadurch beweisen, daß sie die Industriegesellschaft auf eine möglichst menschliche Art und Weise organisieren.

7. Der Senat von Berlin weiß sich **allen** Menschen verpflichtet. Freiheitliche Demokratie bedeutet immer auch: Ausgleich von Interessen, Schutz von Minderheiten, aber auch Rücksicht auf Mehrheiten, ohne dabei die berechtigten Anliegen jener zu vergessen, die sich in unserer Gesellschaft nicht lautstark artikulieren und organisieren können.

Wir beobachten in der alternativen Bewegung nicht selten eine manchmal verständliche, aber trotzdem gefährliche Ungeduld mit dem demokratischen Prozeß und mit denen, die anders – alternativ zu den Alternativen – denken und leben. Es zeigt sich bisweilen ein elitäres, ja autoritäres Denken in der alternativen Bewegung, das die große Mehrheit zu verachten scheint und ihr vorschreiben möchte, auf welche Weise sie glücklich zu sein habe.

Tatsache ist, daß die arbeitsteilig organisierte Industriegesellschaft erst die Voraussetzungen dafür schafft, daß „alternatives Leben“ heute und in Zukunft mehr bedeuten kann als wie als Clochards am Bahnhof Zoo oder im Tiergarten zu schlafen. Es muß an die – auch wirtschaftlichen – Voraussetzungen und Pflichten einer Solidargemeinschaft erinnert werden, die auch den „Alternativen“ aufhängt, wenn er – durch Alter, Krankheit oder Armut – in Not gerät.

Der Senat von Berlin wird sich im Dialog und in seiner Politik an dem Grundsatz orientieren, daß die alternative Bewegung gewiß Anspruch auf Verständnis, aber auch ein Recht auf Widerspruch hat, dort, wo er im Interesse des Gemeinwohls angebracht ist. Der Senat von Berlin geht dabei allerdings von der Überzeugung aus, daß sich das Verlangen nach mehr Freiräumen und nach mehr Selbstverantwortung in der Gesellschaft und die Notwendigkeit einer am

Gemeinwohl orientierten Politik nicht ausschließen müssen, sondern – im Konzept der Sozialen Marktwirtschaft – verbunden werden können und müssen.

Der Senat sieht daher die angemessene politische Antwort auf die Herausforderung, die die Alternativbewegung signalisiert, vorrangig in einer Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft. Dies bedeutet zum einen eine Veränderung der Gesellschaft insgesamt und es bedeutet zum anderen: mehr Freiräume, mehr Autonomie, mehr Selbständigkeit, mehr Selbsthilfe und Selbstverantwortung in der Gesellschaft. Beides hängt sehr eng zusammen und orientiert sich an denselben Prinzipien.

8. Schritte auf dem Weg zu einer besseren menschlicheren Gesellschaft sieht der Senat von Berlin u.a.

- in einer flexibleren Organisation des Arbeitslebens,
- in mehr Zeitsouveränität für den einzelnen,
- in einer größeren Durchlässigkeit zwischen Arbeit und Freizeit, Familie und Beruf,
- in mehr Partnerschaft in der Familie und in Wahlfreiheit für Mann und Frau zwischen Familie und Beruf,
- in einer Förderung nicht-staatlichen sozialen Engagements (ehrenamtliche Mitarbeit, Nachbarschaftshilfe, kleine Netze), nicht als Ersatz, wohl aber als Ergänzung staatlicher Sozialpolitik,
- in einem neuen Verständnis der menschlichen Arbeit, das nicht verkürzt wird auf die Erwerbstätigkeit.

9. Die Prinzipien, die dieser Gesellschaftspolitik zugrunde liegen, versuchen nun viele alternative Gruppen in ihrem Bereich zu verwirklichen. Sie verdienen auch deshalb die Unterstützung des Senats, weil sie wichtige Dienste und Leistungen für den einzelnen wie für die Gesellschaft erbringen, die sonst, d. h. ohne sie, nicht erbracht würden. Dies gilt in zweifacher Hinsicht:

- es wächst der Wunsch nach und der Bedarf an Diensten und Gütern, die „serienmäßig“ (oder bürokratisch) nicht erstellt bzw. erbracht werden können, weil sie eine persönliche Beziehung, Zuwendung und Anteilnahme erfordern;
- vielen Menschen ist nicht (mehr allein) das Ergebnis ihrer Arbeit wichtig (das fertige Produkt oder das Geld, das man dafür verdient), sondern die Art und Weise der Arbeit selbst (Arbeit als Eigenwert). Menschen wollen sich direkt und unmittelbar begegnen – und nicht vermittelt („entfremdet“) durch das Medium des Marktes, des Geldes und auch der staatlichen Bürokratie.

10. Diese Unterstützung des Staates muß nicht Abhängigkeit vom Staat bedeuten.

Die Kriterien für die Hilfen des Staates sind so zu wählen, daß die Freiheit dieser Gruppen erhalten bleibt, eine destruktive Wirkung für den einzelnen oder für die Gesellschaft aber ausgeschlossen wird.

„Unsere Politik erstrebt freiheitliche und soziale Lösungen auch in jenen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft, die nicht ausschließlich über Märkte gesteuert werden können. Die Verwirklichung dieses Ziels erfordert Initiativen vom einzelnen und von den Verbänden, freien Trägern und genossenschaftlichen Organisationen. Unsere Politik verschafft den Grundsätzen der Subsidiarität, Selbstverwaltung und Selbsthilfe auch in der industriellen Gesellschaft Geltung und sichert den notwendigen Freiraum für Initiative.“
(CDU-Grundsatzprogramm, Ziff. 96).

11. Zusammenfassend stellt der Senat von Berlin als Antwort auf die Große Anfrage der CDU-Fraktion fest:

Die Alternativen wollen eine dezentralisierte Gesellschaft. Ohne es ausdrücklich so zu nennen oder auch mit anderen Begriffen plädieren sie für das Prinzip der Subsidiarität als Organisationsprinzip der kommenden Gesellschaft: für eine **offene Gesellschaft der Subsidiarität und der Toleranz**, die den differenzierten Bedürfnisanlagen der Menschen in entwickelten Industriegesellschaften auch alleine angemessen ist.

Je größer der Zentralisationsgrad einer Gesellschaft, desto unwahrscheinlicher, ja unmöglicher ist es, daß die unterschiedlichen Bedürfnisse der Menschen angemessen befriedigt werden können. Die dann notwendigen Enttäuschungen und Frustrationen bergen ein latentes Unruhepotential, das sich immer wieder – unerwartet – eruptiv entladen kann.

In dem Maße, in dem es uns gelingt, die positiven Ideen der Alternativbewegung konstruktiv für unsere Politik sichtbar zu machen, wird es uns auch gelingen, den kriminellen Teil, der diese Bewegung pervertiert, zu isolieren und so das Gewaltproblem in unserer Stadt zu lösen.

Berlin war die Stadt in Deutschland, die neue, kommende Entwicklungen frühzeitig anzeigte. Das war bisher vielfach die Ursache für Probleme, Krisen und Erschütterungen.

Berlin kann aber auch jene Stadt in Deutschland werden, die nicht nur die Chance für neue Lebensformen bietet, sondern vor allem eine Gesellschaft, in der sich die Menschen (wieder) geborgen und behaust: zu Hause fühlen, eine Stadt, in der das Prinzip der Subsidiarität seine verändernde Kraft entfaltet und so den Menschen Bindungen und Geborgenheit schenkt, ohne ihre Freiheit und ihren Wohlstand zu gefährden.

Förderung von Selbsthilfeinitiativen

Der Senat ist bereit, im Sinne des Subsidiaritätsprinzips für Selbsthilfegruppen Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten.

Der Senat hat im Haushaltsentwurf 1982 bei einer sehr engen Definition der Förderung von Selbsthilfegruppen allein in den Bereichen Gesundheit, Soziales und Familie, Bauen und Wohnen, Schule, Jugend und Sport sowie kulturelle Angelegenheiten einen Beitrag von über 39 Mio. DM für die verschiedenen Projekte von Selbsthilfegruppen veranschlagt. 1981 betrug der entsprechende Haushaltsansatz rd. 28 Mio. DM. Dabei sind die individuellen Förderungen z. B. im Rahmen der Jugend- und Sozialhilfe, der Arbeits- und Ausbildungsförderung, noch gar nicht enthalten.

Die finanzielle Förderung von Selbsthilfegruppen durch den Staat darf die Gefahren einer solchen Förderung nicht übersehen. Selbsthilfegruppen zeichnen sich durch eine deutliche Distanz zum Staat und durch ein hohes Maß an ehrenamtlichen, freiwilligen, spontanen Engagements aus.

Die Gefahren, die von einer massiven Staatsförderung auf die Spontaneität und das Engagement der Mitglieder der Selbsthilfegruppen ausgehen können, dürfen nicht verkannt werden. Allerdings kann dies nicht bedeuten, daß der Staat seine Hilfe zur Selbsthilfe verweigert. Projekte, die ihre Aufgabe besser als andere Institutionen erfüllen, dürfen nicht aus Mangel an staatlicher Unterstützung ausichtslos werden oder zugrunde gehen.

Der Senat vertritt folgende Förderungsmaximen:

Im Vordergrund förderungsfähiger Selbsthilfegruppen stehen folgende Aktivitäten:

- a) Förderung junger Menschen, ihren Lebensweg im Kontakt mit anderen selbst zu finden;
- b) gesundheitsbezogene Selbsthilfeaktivitäten (z. B. Hilfe bei Alkoholabhängigkeit, psychischen Erkrankungen, chronischen Erkrankungen etc.);
- c) Versuche zur Überwindung der starren Trennung von Arbeits- und Familienwelt;
- d) mehr Miteinander von Behinderten und Nichtbehinderten, alten und jungen Menschen;
- e) Formen ehrenamtlichen Engagements;
- f) Hilfe zur Modernisierung und Sanierung von Wohnraum.

Senat und Selbsthilfegruppen praktizieren den Dialog

Aus der in der Öffentlichkeit stark beachteten Auseinandersetzung zwischen Senat und Teilen der Hausbesetzerszene könnte der falsche Schluß gezogen werden, daß Kontakte zwischen staatlichen Institutionen und Selbsthilfegruppen nicht möglich wären oder von vornherein belastet sein müßten. Diese Auseinandersetzungen mußten und müssen geführt werden im Interesse der Rechts- und Sozialstaatlichkeit.

„Wir brauchen nicht weitere große anonyme Einrichtungen und immer mehr Staat, wir brauchen mehr überschaubare und selbstverantwortlich gestaltete Lebensbereiche.“

(Senator Ulf Fink am 25. 2. 1982 vor dem Berliner Abgeordnetenhaus bei der Begründung der Antwort des Senats auf die Große Anfrage der CDU-Fraktion).

Viel zu wenig Beachtung findet aber, daß sich das Verhältnis des Senats zu vielen Selbsthilfegruppen sehr sachbezogen gestaltet. Es gibt vielfältige gewachsene Kontakte, die sich hervorragend bewährt haben.

Einzuräumen ist, daß vielfach Unkenntnis darüber besteht, daß der Senat in vielen Bereichen unbürokratisch Hilfe leistet. Der Senat bemüht sich, diese Unkenntnis abzubauen.

Dialog ist nötig und möglich, aber er setzt die Bereitschaft aller Beteiligten voraus, aufeinander zuzugehen, um das Gespräch zu suchen. Dies schließt auch die Bereitschaft ein, der anderen Seite zuzuhören und sich darauf einzulassen, die Gedanken der anderen Seite kritisch mitzudenken, um das Konsensfähige gemeinsam herauszufinden. Dazu bedarf es der Geduld, auch wenn die Befriedigung von (Gruppen-) Bedürfnissen nicht im ersten Anlauf gelingt und, es bedarf der Kompromißbereitschaft, wenn wir über den bloßen Abtausch der Standpunkte hinausgelangen wollen.

„Solidarität und Subsidiarität gehören zusammen. Der Staat soll dem Bürger eigene Initiative und verantwortliche Selbsthilfe im Rahmen des Möglichen erleichtern und zumuten. Denn zur Solidarität gehört die persönliche Zuwendung von Mensch zu Mensch. In einer Zeit, die von Technik und materiellen Leistungsmaßstäben geprägt ist, leiden immer mehr Bürger an einem Mangel menschlicher Gemeinschaft und Hilfe. Nur persönlich geleistete soziale Dienste helfen dieser Not ab. Der Wert sozialer Dienste ist für den Gebenden nicht geringer als für den Empfänger.“ (CDU-Grundsatzprogramm, Ziff. 24).